

Weltpolitikfähigkeit der EU ausbauen!

Empfehlungen der CDU Brüssel-Belgien für das CDU/CSU-Regierungsprogramm 2021-2025

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung der CDU Brüssel-Belgien am 10. Mai 2021

Unser gemeinsames kulturelles, religiöses und humanistisches Erbe bildet das Fundament, auf dem wir Europäer Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit als universelle Werte entwickelt haben. Diese Werte leiten unser auswärtiges Handeln dergestalt, dass sie die Grundlage unserer internationalen Interessen in Bezug auf Frieden, Sicherheit und Wohlstand darstellen. Wir verteidigen diese gemeinsam mit unseren Verbündeten in NATO und EU. Dadurch stärken wir auch die Identität und die Unabhängigkeit Europas.

Die aktuellen globalen Machtverschiebungen, die Infragestellung der internationalen Rechts- und Friedensordnung, die wachsenden Herausforderungen auf den Feldern Cyber- und Weltraum, disruptive Technologien, hybride Bedrohungen, darunter insbesondere Desinformation, sowie das Konflikt- und Instabilitätspotential in Europas Nachbarschaft erfordern entschlossenes und gemeinsames europäisches Handeln.

Handels-, wettbewerbs- und klimapolitisch ist die EU eine Weltmacht, denn gemeinsam setzen wir in der EU Standards, denen andere folgen. Bei der Wahrung des Völkerrechts und der internationalen Ordnung, bei der Verteidigung des Friedens und beim Schutz von Menschenrechten ist Europa nicht immer so stark wie geboten. Jenseits des Zeigens von Haltung sind wir Europäer - besonders unilateral und multilateral - nicht immer ausreichend befähigt, weltpolitisch zu handeln und unsere Bürgerinnen und Bürger, unsere demokratischen und gesellschaftlichen Errungenschaften sowie unsere Werte und Interessen weltweit wirksam zu schützen.

In der Außen- und Sicherheitspolitik stehen wir Europäer weiterhin vor der Aufgabe, gemeinsam unsere Weltpolitikfähigkeit umfassend herzustellen. Ziel muss es sein, neben den USA und China als gleichrangiger Akteur auf der Weltbühne wahrgenommen zu werden. Die Mitgliedstaaten der EU geben jedes Jahr über 200 Milliarden Euro für ihre nationale Sicherheit und Verteidigung aus. Das ist weit mehr als die Verteidigungsausgaben unserer nächstgelegenen geopolitischen Herausforderer. Dennoch sind wir Europäer von der Fähigkeit zur gemeinsamen Verteidigung weit entfernt.

Vorschläge zur Erweiterung der angestrebten Weltpolitikfähigkeit

Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern muss die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) vertieft werden, damit die EU tatsächlich weltpolitikfähig wird. Hierzu gehört in erster Linie, ein schnelleres und besser abgestimmtes Handeln der EU-Mitgliedstaaten zu organisieren und - angesichts vielfältiger globaler Herausforderungen, Krisen und Konflikte – gemeinsam umzusetzen. Die derzeitige Entwicklung des strategischen Kompasses bietet die Möglichkeit, gemeinsame Interessen festzulegen. Entscheidend ist, dass die EU definiert, was sie autonom und was sie zusammen mit Partnern erreichen möchte. Vor allem die Abstimmung mit gleichgesinnten Demokratien wie den USA, dem Vereinigten Königreich, Kanada, Australien, Neuseeland, Japan, Indien, Südkorea oder Taiwan soll gewährleisten, die Werte Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus weltweit zu stärken. Mit Blick auf die globalen Herausforderungen werden wir mit unseren Partnern dazu beitragen, die internationalen und multilateralen regelbasierten Institutionen zu stärken und, wo sinnvoll, weiterzuentwickeln.

Besonders China und Russland arbeiten auf eine Unterminierung der bestehenden regelbasierten internationalen Ordnung hin und bilden gegenwärtig mit dem internationalen Terrorismus/Islamismus die Hauptbedrohungen für unsere freiheitliche und demokratische Gesellschaftsordnung. Damit die GASP endlich Handlungsfähigkeit beweisen kann, fordern wir, bei außenpolitischen Fragestellungen

im Rat zu Mehrheitsentscheidungen überzugehen. Damit ist die Europäische Union für die Aufnahme weiterer Staaten vorbereitet. Insbesondere die Staaten des Westbalkans sollten in die EU aufgenommen werden, sobald sie die Kriterien erfüllen. Einen Beitritt der Türkei zur EU lehnen wir ab und schlagen stattdessen eine enge privilegierte Partnerschaft vor.

Wir bekennen uns zum erweiterten Sicherheitsbegriff, der neben den klassischen Bedrohungen weitere Konfliktrisiken wie Klimaveränderungen, Wasser- oder Ressourcenknappheit in den Blick nimmt. Im Umgang mit den Herausforderungen setzen wir auf das koordinierte Zusammenwirken von Diplomatie, Entwicklungspolitik und Handel, auf humanitäre Hilfe und, als letztes Mittel, auf militärische Maßnahmen.

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik stärken

Die NATO-Bündnisklausel und die EU-Beistandsklausel bilden die Grundlage unserer Sicherheitspolitik. Hierbei bilden insbesondere die Fähigkeiten der NATO zur kollektiven Verteidigung und zur nuklearen Abschreckung das Fundament der europäischen Sicherheit. Die Revitalisierung der transatlantischen Partnerschaft durch die USA muss durch verstärkte gemeinsame Verteidigungsanstrengungen Deutschlands und Europas beantwortet werden. Hierzu muss der europäische Pfeiler innerhalb der NATO weiter gestärkt werden, indem wir vor allem die effektive Nutzung der europäischen Instrumente zur Steigerung unserer Verteidigungsfähigkeit vorantreiben.

Wir verbessern unsere Sicherheit nur, wenn wir unsere Abschreckungs- und Abwehrfähigkeit erhöhen und unsere Partner stärken. Dazu gehört auch, dass die Bundeswehr vollständig ausgestattet wird. Hierzu zählen insbesondere bewaffnungsfähige Drohnen und die Fähigkeit zur Nutzung künstlicher Intelligenz, um die Sicherheit unserer Soldaten im Einsatz zu erhöhen. Die Anstrengungen können sich nicht auf das rein quantitative 2%-Ziel beschränken, sondern müssen durch ein effizientes gemeinsames Beschaffungswesen ergänzt werden, das verhindert, dass zu viele Waffensysteme parallel entwickelt, beschafft und eingesetzt werden. Ferner sollten unsere Partner, insbesondere in Afrika, befähigt werden, Bedrohungen gegen ihre oft fragile Staatlichkeit abzuwehren und ihre Bevölkerung vor Terrorismus und äußeren Angriffen zu schützen. Mittel- und langfristige wird es immer wichtiger, mit der Afrikanischen Union und den afrikanischen Staaten vor allem im Wirtschafts- und Handelsbereich und bei Infrastruktur- und Nachhaltigkeitsfragen zu kooperieren.

Wir fordern, die zivil-militärischen Möglichkeiten der EU bereits im Rat auf Ebene der Minister anzuerkennen und zu nutzen. Wir treten für einen ständigen Rat der Verteidigungsminister und einen Vollausschuss für Sicherheit und Verteidigung im Europäischen Parlament ein. Ferner muss der umfassende und integrierte Ansatz endlich bei den Planungen und der Einsatzdurchführung der EU angewandt werden. Hierbei muss Deutschland gemeinsam mit Frankreich nicht nur im planerischen Bereich Führung übernehmen, sondern auch bei der Durchführung viel stärker eigenes Personal für zivile und militärische Einsätze der EU zur Verfügung stellen.

„Konferenz zur Zukunft der EU“ mit christdemokratischen Inhalten füllen

Wir begrüßen den Start der „Konferenz zur Zukunft der EU“. Sie bietet die Chance, christdemokratische Ideen zur Verbesserung der EU-Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik umzusetzen. Schließlich ist es notwendig, das sicherheitspolitische Denken der EU zu konsolidieren. Wir fordern:

- Aufbauend auf dem strategischen Kompass müssen gemeinsame Interessen, eine Verteidigungsstrategie und gemeinsam zu entwickelnde Fähigkeitsprioritäten in einem Weißbuch festgelegt werden. Die Mitgliedstaaten der EU, insbesondere diejenigen, welche auch Mitglied der NATO sind, müssen darauf achten, dass NATO- und EU-Planungen Hand in Hand gehen. Ferner muss aus dem Europäischen Verteidigungsfonds ein verantwortungsvoller EU-Verteidigungshaushalt entwickelt werden.
- Wir treten dafür ein, bis 2030 eine Europäische Armee unter Kontrolle des Europäischen Parlaments in Ergänzung zu den bestehenden Armeen einzurichten. Ein neu zu schaffender Hoher Befehlshaber der Europäischen Armee (HICOM EUFOR) übernimmt die Führung der Europäischen Armee. Er dient zeitgleich als zweiter Stellvertretender Oberster Alliiertes Befehlshaber Europa (DSACEUR) der NATO. Wir drängen darauf, ins Zentrum der neuen Armee

offensive Cyber- und Weltraumfähigkeiten, Fähigkeiten zur Raketenabwehr und konventionelle Fähigkeiten zur globalen Machtprojektion zu stellen.